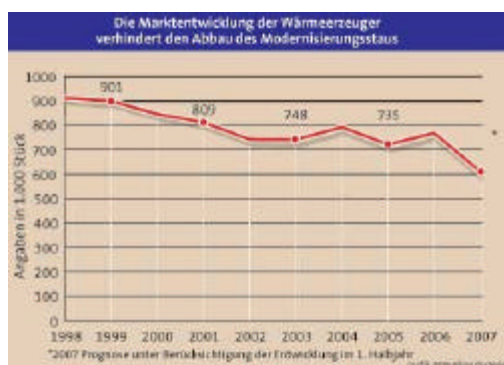


Wärmemarkt – „Der Druck im Kessel, der ist hoch“

Der drastische Markteinbruch bei Modernisierungen befand sich im Fokus der ersten nationalen Wärmekonferenz vergangenen Dienstag in Berlin, zu der der Bundesindustrieverband Deutschland Haus-, Energie- und Umweltechnik e.V. (BDH) Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Industrie eingeladen hatte.



Die Nachfrage nach energieeinsparenden Heizungen ist im ersten Halbjahr dramatisch eingebrochen. Grafik: BDH



Die Marktentwicklung der Wärmeerzeuger kann den Modernisierungsstau nicht auflösen. Grafik: BDH



Auf der ersten nationalen Wärmekonferenz des BDH diskutierten Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Industrie über die Schlüsselrolle des Wärmesektors in der Klimapolitik.

Unter der Schirmherrschaft von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel und von der Solarpraxis AG organisiert, fand am 04.09.2007 in Berlin die erste Deutsche Wärmekonferenz des BDH mit über 200 Teilnehmern statt. Ziel dieser Konferenz war es, einen Dialog zwischen Politik, Wissenschaft und Industrie zum Thema „Effizienz und erneuerbare Energien im Wärmemarkt“ zu initiieren. Intensiv wurden Markteinbruch und Modernisierungsstau behandelt. Klar wurde dabei, dass zwischen Politik und Industrie Einigkeit darüber besteht, dass entschlossenes und umgehendes Handeln zwingend notwendig ist, um die anvisierten Klimaschutzziele zu erreichen. Bei den zu ergreifenden Maßnahmen zur Beseitigung des Modernisierungsstaus jedoch, gehen die Vorstellungen deutlich auseinander.

Die jüngst in Berlin im Rahmen des Wärmekongresses veröffentlichte neue Marktanalyse des BDH ergab, dass der Markt für fast alle Wärmeerzeuger sowie Solarthermieanlagen im ersten Halbjahr 2007 im Vergleich zum Vorjahr bundesweit zweistellig eingebrochen ist. Ausnahmen hiervon bilden nur der Öl-Brennwertkessel und die Wärmepumpenheizung. Während das Marktwachstum bei Öl-Brennwertkesseln stagnierte, konnten Wärmepumpen, trotz ihres insgesamt niedrigen Marktanteils um 30 Prozent zulegen.

„Der Markt stürzt regelrecht ab in diesem Jahr, vielleicht fallen wir sogar unter 600.000 neue Wärmeerzeuger“, beschreibt Klaus Jesse, Präsident des BDH, die ernste Situation für die Branche. Auch der drastische Nachfragerückgang im KfW CO₂-Gebäudesanierungsprogramm bestätigt die prekäre Marktentwicklung. Während im ersten Halbjahr 2006 noch 80.501 Bewilligungsbescheide erteilt wurden, sind es in diesem Jahr nur noch 33.841 Bescheide gewesen.

Der Rückgang im Bereich der Solarthermie hängt ebenfalls mit dem Austauschmarkt zusammen, wie Jesse erläutert. „Etwa 80 % der Investitionsfälle bei solarthermischen Anlagen sind gekoppelt mit dem Austausch veralteter Heizkessel. Sinkt der Austauschmarkt, gehen die Investitionen in Solarthermie im gleichen Umfang zurück.“

Laut Jesse hat die Branche seit Jahresbeginn an den Folgen des Vorzieheffekts durch die Mehrwertsteuererhöhung und des vergangenen milden Winters zu leiden. Doch den Hauptgrund für den Markteinbruch sieht er in der Verunsicherung des Endkunden und privaten Investors. Aktuell verweigert dieser die Investition, weil er orientierungslos ist. Dauernd stattfindende neue Diskussionen um die Versorgungssicherheit, die Endlichkeit der fossilen Energien, die Kosten des Klimaschutzes und dazu noch die unstete und bürokratische Förderpolitik haben zu der zögerlichen Haltung bei den Investoren geführt. Jesse spricht vom „Attentismus bei Investoren“, der schädlich für die Klimaschutzziele und die Industrie ist. Eine Verunsicherung der Verbraucher durch mangelnde Vorbereitung der Öffentlichkeit auf die Klimaschutzpolitik der Regierung bestätigt auch Dr. Holger Krawinkel, Leiter Fachbereich Bauen, Energie, Umwelt des Verbraucherzentrale Bundesverbands e.V. (vzbv). „Da ist ein Ball zurückgespielt worden aus der Bevölkerung, weil sie verunsichert ist.“ Krawinkel weiter: „Gefordert sind jetzt klare Informationen und klare Strukturen.“



Einigkeit besteht darüber, dass die Kommunikation in Richtung Verbraucher und privater Inverstor deutlich verbessert werden muss und eine stetige Förderungspolitik dringend gebraucht wird.

"Das Jahr 2007 steht im Fokus des Klima- und Ressourcenschutzes", so Gabriel in seinem Vorwort zu der Konferenz. Deutlich macht das Vorwort auch, dass die Politik inzwischen erkannt hat, dass ohne eine massive Ausnutzung der Energieeinsparpotentiale des Gebäudebereichs Deutschlands Klimaschutzziele nicht erreichbar sind. Aber die gegenwärtige spricht der gegenwärtige Modernisierungstau eine ganz andere Sprache. Die Bedeutung des Wärmemarkts in Europa und auch in Deutschland lässt sich in Zahlen, laut BDH, so ausdrücken: Rund 40 Prozent des Primärenergieverbrauchs entstehen im Gebäudebereich, 85 Prozent entfallen dabei auf die Raumwärme und 15 Prozent auf den Strom. Doch der Markteinbruch bedeutet zweifellos ein weiteres Anwachsen des Modernisierungstaus in Deutschlands Gebäudebestand. Und damit ist man von einer Ausnutzung des Einsparpotentials des Wärmemarktes und den damit zusammenhängenden klimapolitischen Zielen weit entfernt.



Fordern schnellstens klare Rahmenbedingungen: (v.li.n.r) Rudolf Sonnemann, Gero Frischmann und prof. Dr. Kleemann.

Der BDH zeigt in seiner aktuellen Marktanalyse die Potenziale für Energieeffizienz und erneuerbare Energien im Wärmemarkt auf. Ausgehend vom derzeitigen Zustand der etwa 17 Mio Wärmeeinheiten im Bestand deutscher Haushalte, entsprechen nur 10 Prozent dem heutigen Stand der Technik. 70 Prozent der Anlagen nutzen das energetische Potential nur unzureichend aus und 20 Prozent der Bestandsanlagen, also weit über 2 Mio. Wärmeeinheiten, sind älter als 25 Jahre und nutzen es gar nicht aus. Prof. Dr. Manfred Kleemann, Beratungsbüro für Energieeffizienz und Umweltschutz, der im Auftrag des BDH die Studie durchgeführt hat, spricht beim Modernisierungstau durch unzureichende Heizungserneuerung und mangelnde Dämmung von einer jährlichen Potentialausnutzung von lediglich 30 Prozent. Kleemann hat für den BDH eine Strategie zur Gestaltung der zukünftigen Wärmeversorgung bis 2020 entworfen. In diesem Szenario, ausgehend von einem doppelten

Modernisierungstempo, sieht er im Bereich Wohn- und Nichtwohngebäude Einsparmöglichkeiten von etwa 30 Prozent, was eine Reduzierung der CO₂-Emissionen von 60 Mio. Tonnen bedeuten würde. Hinzu kommen dabei eine Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien sowie zusätzliche positive Impulse für die Volkswirtschaft, durch den Anstieg an Mehrinvestitionen und Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze.

Die wichtige Rolle die der Wärmesektor im Hinblick auf den Klimaschutz hat, wird inzwischen auch sehr deutlich von der Politik gesehen, wie Astrid Klug, in ihrem Vortrag bestätigte. „Ihnen im Wärmesektor fällt eine Schlüsselrolle im Klimaschutz zu. Wir müssen die Anstrengungen im Bereich Strom jetzt auch auf die Wärme und Kühlung in Gebäuden übertragen.“ Klug ist dabei die Notwendigkeit zügigen Handelns durchaus bewusst: „Der Druck im Kessel, der ist hoch“. Um die Beschlüsse von Meseberg umzusetzen, soll das Gesetzespaket noch in diesem Jahr verabschiedet werden, damit Planungssicherheit für die Branche und den einzelnen Verbraucher entsteht.

„Mit dieser Konferenz markiert der BDH nochmal einen starken Punkt für die Energieeffizienz“, lobte auch Dr. Peter Liese, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, die Anstrengungen des Verbands. Liese macht dabei auch auf das eklatante Missverhältnis bei der Förderung von Photovoltaik im Gegensatz zur Solarthermie aufmerksam. Laut seinen Angaben hat das EEG bei der Stromerzeugung etwa 3 Mrd. Euro (in 2006) bewegt, und im Wärmebereich nur 193 Mio. (2005). Liese hält Energieeffizienz, Energiesparen und den Ausbau der erneuerbaren Energien für unverzichtbar für eine solide Klimapolitik und sieht die größten kosteneffizient zu realisierenden Potentiale im Wärmemarkt.

Auch wenn Liese selbst planungsrechtliche Vorgaben für den einzelnen Hausbesitzer kritisch sieht, lässt sich seiner Ansicht nach eine Nutzungspflicht durchaus begründen. Die Beschlüsse von Meseberg sehen sie vor. Allerdings lehnt er „drakonische Strafen“ an und rät dringend die richtige Balance dabei zu finden.

Die Mitglieder des BDH richten in diesem Punkt aber ganz deutliche Signale an die Politik und stellen sich vehement gegen ordnungsrechtliche Vorgaben, wie sie das Eckpunktepapier vorsieht. Das Ziel, welches eine Nutzungspflicht im Sinn hat, ist das richtige, aber diese Art der Umsetzung ist eine falsche. „Gut gemeint, ist nicht gut gemacht“, so Jesse dazu. Der BDH befürchtet dabei, dass in der Modernisierung geplante Investitionen verschoben werden, wenn die Kosten durch den Einsatz erneuerbare Energien zu hoch werden könnten.

Wie Liese beim einzelnen Hausbesitzer eine Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit sieht, gibt auch Prof. Dr. Kleemann bei den unterschiedlichen Auffassungen von Politik und Industrie folgendes zu bedenken: „Eigentlich sollte der, der eine schlechte Anlage und keine Dämmung hat, dafür bezahlen.“

Doch wirklich entscheidend für den Klimaschutz, "um zumindest die Katastrophe des Klimawandels auf ein erträgliches Maß zu begrenzen", so Klug in ihrem Vortrag, und da besteht ja Einigkeit zwischen Politik und Industrie, ist es notwendig, dass die Politik jetzt äußerst schnell handelt und klare Rahmenbedingungen schafft.

Verstärkt werden muss dabei auch die Kommunikation aller Seiten in Richtung Endverbraucher und privater Investor, denn erst wenn dort ankommt, dass energetische Modernisierung notwendig und wirtschaftlich ist, wird er seine Zurückhaltung aufgeben.